

einigen Punkten konkretisiert und verschärft. Zumindest, was den Bereich der personenbezogenen Daten angeht. Gleichzeitig sollte die Bundesregierung mehr dafür tun, dass öffentliche Daten von allen genutzt werden können, und dass Medizin und Forschung einen sicheren Rahmen haben, um mit Daten am Gemeinwohl zu arbeiten.

In Sachen algorithmischer Systeme geht das Gutachten weit über bisherige Empfehlungen hinaus. In einigen Teilen bleibt es vage, etwa bei der Frage, wie die algorithmengesteuerten Feeds von Social-Media-Plattformen und die Gefahr der Meinungsmanipulation eingehegt werden könnten. An anderen Stellen werden die Empfehlungen jedoch derart konkret, dass sie sich wie ein Handbuch für die Regierung lesen: „Richtig regieren im Informationszeitalter“. Noch deutlicher hätte es sein können, hätte es als Anhang gefertigt. Das ist aber natürlich nicht die Aufgabe der Regierung, sondern müssen jene machen, die für den

erschienen in der *F1FF-Kommunikation*,  
herausgegeben von *F1FF e.V.* - ISSN 0938-3476  
[www.f1ff.de](http://www.f1ff.de)

## Eine Frage des politischen Willens

Vieles von dem, was die Kommission empfiehlt, steht im Widerspruch zur ausschließlich marktorientierten Daten- und Algorithmenpolitik gerade der Unionsparteien. Dass CDU und CSU in Reaktion auf das Gutachten ihre politische Linie aufgeben, dürfte unwahrscheinlich sein. Genau so unwahrscheinlich ist es, dass die SPD die Kraft aufbringt, die empfohlenen Maßnahmen durchzusetzen.

Es wäre nicht das erste aufwendig erarbeitete netzpolitische Gutachten, dass die Bundesregierung im Schreibtisch verschwinden lässt. Das führt uns also wieder an den Ursprung des Problems: den fehlenden politischen Gestaltungswillen einer Großen Koalition, die nur deshalb noch zusammen hält, weil alle Beteiligten Angst vor Neuwahlen haben.

Wissenschaft und Zivilgesellschaft sollten das Gutachten künftig trotzdem als Maßstab nehmen, an dem sie die Digitalpolitik der Bundesregierung messen.

Quelle: <https://netzpolitik.org/2019/200-seiten-erwartungsdruck>

- 1 <https://www.bundestag.de/dokumentation/parlamentarische-staatssekretar/digitale-wirtschaft/diginomics/kanzleramtschef-erwartungsdruck-uebungsfragen-5-datenrecht-an-15507255.html>
- 2 <https://netzpolitik.org/2019/regierungsberaterinnen-fordern-stroengere-regeln-fuer-daten-und-algorithmen/>
- 3 <https://re-publica.com/en/session/weiter-datenpolitik>
- 4 <https://netzpolitik.org/2017/der-netzpolitische-wahlprogramm-vergleich-teil-9-verbraucherschutz-und-digitale-souveraenitaet/>
- 5 [chris@netzpolitik.org](mailto:chris@netzpolitik.org)
- 6 <https://sks-keyserver.net/pks/lookup?op=get&search=0x5E598DD0D37B9F71A88DD92233D38859243016F9>
- 7 <http://www.twitter.com/ckoeover>



Markus Beckedahl und Ingo Dachwitz

## Überfälliger Wegweiser für die einen, Innovationsbremse für die anderen Reaktionen auf die Datenethikkommission

*Wir haben Reaktionen auf den Abschlussbericht der Datenethikkommission gesammelt. Während Bundesregierung und Zivilgesellschaft positiv auf die Ergebnisse reagieren, warnen Lobbyverbände der Industrie vor „Regulierungswut“. Im Bundestag fällt das Echo positiv bis ambivalent aus.*

Mittwoch hat die Datenethikkommission der Bundesregierung ihr Abschlussgutachten<sup>1</sup> vorgelegt. Die Kommission wurde vor einem Jahr gemeinsam vom Bundesinnenministerium und dem Justizministerium eingerichtet, um Antworten auf einige der kniffligsten Fragen zum Umgang mit Daten und Algorithmen zu liefern und ethische Leitplanken zu definieren. Unsere erste Analyse zeigt: Das ist besser gelungen, als wir erwartet hatten<sup>2</sup>.

Der Bundesministerin für Justiz und Verbraucherschutz, Christine Lambrecht<sup>3</sup>, liegt einer ersten Äußerung zufolge „viel daran, dass wir gemeinsam eine wertebasierte, menschenzentrierte und gemeinwohlorientierte digitale Zukunft gestalten, die niemanden zurücklässt und der die Menschen vertrauen können.“ Sie ist froh, „dass die Datenethikkommission sowohl ethische Leitlinien als auch konkrete rechtliche Handlungsempfehlungen“ vorgelegt hat. Sie will die Empfehlungen der Datenethikkommission „nun im Detail auswerten und bei unserem politischen Handeln berücksichtigen.“

Der Parlamentarische Staatssekretär Günter Krings aus dem Bundesinnenministerium möchte<sup>4</sup>, dass die Bürgerinnen und Bürger „den digitalen Wandel mitgestalten“, „um selbstbestimmt mit den Risiken umgehen zu können“. Die Ergebnisse der Kommission würden „hierfür einen wichtigen Beitrag“ leisten.

### „Steilvorlage für die Zivilgesellschaft“

Klaus Müller, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverband und Mitglied der Datenethikkommission sieht die Bundesregierung am Zug<sup>5</sup> und wünscht sich, dass sie die Empfehlungen „so schnell wie möglich“ umsetze.

Lorenz Matzat hat für Algorithmwatch<sup>6</sup> eine kurze Analyse geschrieben und beurteilt die Empfehlungen als „eine überfällige und substanzielle Diskussionsgrundlage“ und als „Steilvorlage für die Zivilgesellschaft“. Auch wenn er einige kritische Fragen hat: An dem Gutachten werde „man zumindest in Deutschland

im Diskurs über den Umgang mit Daten (auch jenseits des Datenschutzes) sowie automatische Entscheidungen nicht mehr vorbeikommen.“

Auch der TÜV-Verband<sup>7</sup> begrüßt das Gutachten. Der Präsident der Prüfstellen-Vereinigung, Joachim Bühler, sieht „in unabhängigen Prüfungen Künstlicher Intelligenz zur Sicherheit von Verbrauchern, Beschäftigten und Unternehmen ein Instrument, um KI-Innovationen auf dem europäischen Markt zum Durchbruch zu verhelfen.“

### Industrie: Ethik schön und gut, aber bitte ohne Konsequenzen!

Der Industrieverband Bitkom begrüßt zwar<sup>8</sup>, „dass wir in Deutschland einen breiten gesellschaftlichen Dialog über Datenethik führen.“ Aber das war es auch schon mit Lob. Anstatt über Risiken möchte man lieber über Chancen reden und sieht in Transparenz mehr Chancen als in echten Verbraucherrechten. Nicht fehlen darf die Warnung vor „Regulierungswut“. Das geht dann so weit, dass Bitkom-Präsident Achim Berg vor einem Rückbau Deutschlands „zu einem analogen Inselstaat“ warnt.

Wenig überraschend findet auch eco, der Verband der Inter- netwirtschaft<sup>9</sup>: Ethik schön und gut, aber bitte ohne zu stören. Die Organisation „warnt vor Unmengen neuer Gesetze und Regeln“ und „blinder Überregulierung“, denn die „würde die Entwicklung und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz als Schlüssel- technologie massiv beeinträchtigen und die Digitalisierung in Deutschland nur noch weiter verzögern.“

Ähnlich klingt es auch beim Verband Deutscher Maschinen- bauer<sup>10</sup>. Dessen Geschäftsführer Software und Digitalisierung, Claus Oetter, beklagt: „Überbordende Regulierungen blockieren die technologischen Innovationen sowie eine dynamische Marktentwicklung, das darf nicht passieren. Datenethik ist wichtig, doch sie muss für die Industrie praxistauglich sein und darf keine voreiligen Grenzen ziehen. Nur dann kann künstliche Intelligenz einen wichtigen Beitrag zu einer fortschrittlichen tech- nologischen Entwicklung leisten.“

### CDU wiegelt ab, Linke lobt, SPD schweigt

Im Ton etwas zurückhaltender – immerhin hat die eigene Re- gierung das Gutachten in Auftrag gegeben –, in der Sache aber äußerst ähnlich wie bei den Wirtschaftsverbänden, klingt es bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion<sup>11</sup>. In deren Namen warnen die Abgeordneten Nadine Schön und Tankred Schipanski vor einer Überforderung des Marktes, wollen aber die „Vielzahl vor- geschlagener Maßnahmen“ nun umfassend prüfen und „uns dabei an den Chancen orientieren“.

Die beiden linken Bundestagsabgeordneten Anke Domscheit- Berg und Petra Sitte<sup>12</sup> begrüßen, „dass die Datenethikkommission weitgehende Vorschläge zur Algorithmenregulierung vorge- legt hat und nun eine umfassende Diskussionsgrundlage bietet.“

Aus der Grünen Bundestagsfraktion<sup>13</sup> melden sich Tabea Rösner und Konstantin von Notz zu Wort. Sie sehen sich durch die Emp- fehlungen der Kommission in vielen Punkt bestätigt und nutzen die Gelegenheit für einen Angriff auf die Bundesregierung: „Wie zu- vor die Expertenkommission zum Wettbewerbsrecht nimmt auch die Datenethikkommission die offenkundig überforderte Bundesre- gierung mit der Vorlage ihrer ebenso klaren wie zukunftsfähigen Handlungsempfehlungen in zentralen Zukunftsfragen an die Hand. Sie macht deutlich, dass Regulierung alles andere als Teufelswerk ist, sondern Verbraucherrechte sichert, Diskriminierung verhindert und Unternehmen dringend benötigte Rechtssicherheit bietet.“

Der technologiepolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Bundes- tag<sup>14</sup>, Mario Brandenburg, hat sowohl Lob als auch Kritik für das Gutachten. Die Datenethikkommission schüre Ängste, findet der Wirtschaftsinformatiker. Dass bestimmte algorithmische Systeme vor ihrer Markteinführung geprüft werden sollen, ge- fährde einen „First Mover Advantage“ und Deutschlands inter- nationale Wettbewerbsfähigkeit. Gleichwohl hält er fest: „Viele Punkte, wie Privacy-by-Design, Interoperabilität, Explainable AI oder das Einschalten von „Datentreuhändern“, um die Koope- ration auf europäischer Ebene voranzutreiben und Bürgerrechte zu schützen, begrüßen wir Freie Demokraten.“

Eine Stellungnahme der SPD-Fraktion oder ihrer NetzpolitikerIn- nen konnten wir bisher nicht finden.

### Markus Beckedahl und Ingo Dachwitz

**Markus Beckedahl** ist Gründer und Chefredakteur von *netzpolitik.org*. Er ist Partner bei *newthinking communications GmbH*<sup>17</sup>, Gründer der *re:publica*<sup>18</sup> und Mitglied im Medienrat der Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg. In der Zeit vor *netzpolitik.org* war er mal bei den Grünen aktiv.

Kontakt: Mail: markus (ett) netzpolitik.org / Telefon: +49-30-92105-986 (zu Arbeitszeiten) / Facebook: Profil<sup>19</sup> / Twitter: @netz- politik / Instagram: @netzpolitik / Amazon: Die Wunschliste<sup>20</sup> von Markus.

**Ingo Dachwitz** ist Medien- und Kommunikationswissenschaftler, Redakteur bei *netzpolitik.org* und Mitglied beim Verein Digitale Gesellschaft. Er schreibt und spricht über Datenkapitalismus, Datenschutz und den digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit. Ingo gibt Workshops für junge und ältere Menschen in digitaler Selbstverteidigung und lehrt manchmal an Universitäten zur po- litischen Ökonomie digitaler Medien. Gelegentlich moderiert er auch Veranstaltungen und Diskussionen, etwa auf der *re:publica* oder beim Netzpolitischen Abend in Berlin. Ingo ist Mitglied der sozialetischen Kammer der EKD und berät kirchliche Organi- sationen bei der digitalen Transformation.

Kontakt: Ingo ist per Mail an ingo | ett | netzpolitik.org (PGP-Key<sup>21</sup>) erreichbar und als @roofjoke auf Twitter unterwegs.

## Maßstab für die künftige Digitalpolitik

Chris Köver und Ingo Dachwitz kommentierten bei uns<sup>15</sup>: „Nach einer ersten Lektüre kann man sagen, dass das Gutachten durchaus wegweisend ist. Verständlich beschrieben und mit praktischen Beispielen untermauert, seziiert es aktuelle Probleme und enthält sehr viele Vorschläge für konkrete Gegenmaßnahmen. Von denen könnte die Bundesregierung einige sofort umsetzen, viele müsste sie auf europäischer Ebene anstoßen. [...] Wissenschaft und Zivilgesellschaft sollten das Gutachten künftig als Maßstab nehmen, an dem sie die Digitalpolitik der Bundesregierung messen.“

**Update:** Hinter der Paywall vom Handelsblatt haben wir doch noch eine Äußerung eines SPD-Abgeordneten<sup>16</sup> gefunden. Jens Zimmermann ist netzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion: „Den Einsatz von Algorithmen per se zu verbieten, wird in der digitalen Welt nicht möglich sein“, sagte der Bundestagsabgeordnete dem Handelsblatt. „Wir wollen den technischen Fortschritt.“ Gleichwohl dürfe der Einsatz der Algorithmen nicht zur Diskriminierung und weiteren Kartellbildung in der digitalen Welt führen. „Die Machtkonzentration muss aufgebrochen werden und zwar mit klaren Regeln für Transparenz und Offenlegung“, sagte Zimmermann.

Quelle: <https://netzpolitik.org/2019/ueberfaelliger-wegweiser-fuer-die-einen-innovationsbremse-fuer-die-anderen>

### Anmerkungen

- <https://datenethikkommission.de/gutachten/>
- <https://netzpolitik.org/2019/regierungsberaterinnen-fordern-stroengere-regeln-fuer-daten-und-algorithmen/>
- [https://www.bmjv.de/SharedDocs/Artikel/DE/2019/102419\\_Abschlussbericht\\_DEK.html](https://www.bmjv.de/SharedDocs/Artikel/DE/2019/102419_Abschlussbericht_DEK.html)

- <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2019/10/datenethikkommission.html>
- <https://www.vzbv.de/pressemitteilung/algorithmen-abschied-nehmen-von-der-blackbox>
- <https://algorithmwatch.org/bericht-der-datenethikkommission-steilvorlage-fuer-die-zivilgesellschaft/>
- <https://www.datensicherheit.de/aktuelles/vdtuev-begruesst-abschlussbericht-der-datenethikkommission-35018>
- <https://bitkom.de/Presse/Presseinformation/Bitkom-Abschlussbericht-Datenethikkommission>
- <https://www.eco.de/presse/eco-kommentiert-abschlussbericht-der-datenethikkommission-regulierungsphantasien-werden-zur-digitalisierungs-bremse/>
- <https://www.vdi-nachrichten.com/technik/vdma-gleichbehandlung-von-b2b-und-b2c-nicht-zielfuehrend/>
- <https://www.cdusu.de/presse/pressemitteilungen/neue-wege-beim-datenschutz-gehen>
- <https://www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/bundesregierung-muss-sich-mit-empfehlungen-der-datenethikkommission-auseinandersetzen/>
- <https://gruen-digital.de/2019/10/bundesregierung-muss-vorschlaege-der-datenethikkommission-zuegig-umsetzen/>
- <https://mbrandenburg.abgeordnete.fdpbt.de/meldung/Gutachten-Datenethikkommission>
- <https://netzpolitik.org/2019/200-seiten-erwartungsdruck/>
- <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bericht-der-datenethikkommission-regierungskommission-loest-debatte-ueber-algorithmen-regulierung-aus/25146582.html>
- <http://newthinking.de/>
- <http://re-publica.de/>
- <https://www.facebook.com/beckedahl>
- <http://www.amazon.de/gp/registry/wishlist/279FWSUX7VB9>
- <https://pgp.mit.edu/pks/lookup?op=get&search=0x05550760A5E4E814>



Matthias Monroy

## NATO errichtet Biometriedatenbank nach Vorbild der USA

*Das US-Verteidigungsministerium speichert Millionen Menschen mit Gesicht, Iris, Fingerabdrücken und DNA, eine dazugehörige Warndatei ist mit Polizeibehörden vernetzt. Die NATO will ein ähnliches System aufbauen. In weitaus größerem Umfang sammeln allerdings Flüchtlingsorganisationen biometrische Daten von Schutzsuchenden.*

Das Militär der Vereinigten Staaten verfügt über eine Datenbank mit Millionen Gesichtsbildern, Iris-Fotos, Fingerabdrücken und DNA-Daten. In diesem *Automated Biometric Information System* (ABIS) sind derzeit 7,4 Millionen Identitäten gespeichert, berichtet das Nachrichtenmagazin *OneZero*<sup>1</sup>. Die Angaben stammen aus einer Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz und basieren auf der Präsentation eines Mitarbeiters im Verteidigungsministerium.

Die militärische Biometrieagentur verwaltet die Datei. Gesammelt werden Daten in Ländern, in denen das US-Militär aktiv ist. Das System soll Terrorverdächtige und deren Kontaktpersonen identifizieren und aufspüren, biometrische Spuren werden unter anderem von gefangenen oder getöteten GegnerInnen abgenommen. Daten stammen laut *OneZero* aber auch aus Wähler-

registrierungen, Arbeitsverhältnissen oder sonstigen Informationen, an die das Militär gelangt. Auch verbündete SoldatInnen werden erfasst.

### Weltweit vernetzte Warndatei

Das ABIS ermöglicht außerdem, einzelne Personen in eine sogenannte *Biometrically Enabled Watch List* (BEWL) einzutragen. Die Warndatei kann mit Systemen von Polizeien oder Geheimdiensten verbunden werden und gibt einen Alarm aus, wenn die Betroffenen eine Grenze passieren oder in eine Polizeikontrolle geraten. Dieses System ist auch über mobile Geräte zum Abgleich von Fingerabdrücken, Iriden oder Gesichtern nutzbar.